

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1927

88 (1.6.1927)

Erscheint täglich mit Ausnahme der Feiertage.
Bezugspreis: Durch die Post bezogen und durch den Briefträger und unsere Aussträger frei ins Haus monatlich Goldmark 1.50. Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten.
In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Geschäftszeit 1/8 bis 5 Uhr Sonntags geschlossen.
Fernsprech-Anschluß Nr. 11
Postfach-Konto Karlsruhe Nr. 6903

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung Begr. 1839
General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Helteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt
Wöchentliche Beilagen: Mode und Heim • Der Kobold • Neue Illustrierte • Landwirtschaftliche Beilage

Anzeigen-Preise:
Anzeigen: Die 33 mm breite Millimeter-Zeile 6 Goldpf.
Reklamen: Die 92 mm breite Millimeter-Zeile 20 Goldpf.
Grundschrift im Anzeigen- und Textteil ist Petit.
Bei Wiederholungen tarifrester Rabatt, der bei Nichtzahlung innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum oder bei gerichtlicher Betreibung erlischt.
Anzeigen-Aufnahme bis 8 Uhr vormittags; größere Anzeigen müssen am Tage vorher aufgegeben werden.

Bank-Konto:
Vereinsbank Sinsheim e. G. m. b. H.

Nr. 88.

Mittwoch, den 1. Juni 1927.

88. Jahrgang

Abarescu als Diktator.

Der Regierungswechsel kommt nicht. — Der General vertraut auf seine Mehrheit.

Bukarest, 1. Juni. General Abarescu hat den Wunsch des Königs, daß an die Stelle der jetzigen Regierung ein Kabinett der nationalen Konzentration treten soll, mit diktatorischen Maßnahmen beantwortet, deren Zweck die Stützung seiner eigenen Macht und die Verhinderung des Regierungswechsels ist. Die gestrige Morgenbl., die mit langen Berichten über die Regierungskrise erschien, wurden ohne Ausnahme konfisziert. Sodann wurden die Leiter der rumänischen Presse zum Innenminister berufen, der ihnen runderhand erklärte, daß die Regierung auch weiterhin keine Besprechung dieses Themas dulden und alle Zeitungen, die sich gegen das Verbot verhegen wollten, konfiszieren werde. Der Minister ließ tatsächlich die Nachmittagsblätter, die trotz der erhaltenen Warnung Mitteilungen über die Regierungskrise veröffentlichten, konfiszieren. Abarescu erklärte, er habe die Mehrheit im Parlament und daher keinen Grund, zurückzutreten. Es sollte deshalb verhindert werden, daß die große Öffentlichkeit überhaupt Kenntnis von dem Wunsch des Königs nach einem Regierungswechsel erhält. Das Vorgehen Abarescus, der zum äußersten Widerstand gegen den Willen des Königs entschlossen zu sein scheint, kann für Rumänien, das sich tatsächlich infolge der Krankheit des Königs seit langem in einem Zustand der latenten Krise befindet, die schwersten Folgen zeitigen. Uebrigens

wäre es, selbst wenn Abarescu sich dem Wunsche des Königs beugen sollte, sehr schwer, die verschiedenen einander heftig bekämpfenden Parteien zu einigen.

Regierungskrise in Rumänien?

Bukarest, 1. Juni. Infolge einer Verständigung der Liberalen mit den anderen Parteien zur Beseitigung von Abarescu und Bildung einer neuen Regierung hat der König durch den Hofminister Giotti die Parteien wissen lassen, daß er auf die Bildung einer nationalen, alle Parteien umfassenden Regierung Wert lege. Gestern fand eine Besprechung Abarescus mit dem Hofminister statt. Es scheint aber, daß Abarescu an der neuen Regierung nicht teilnehmen wird, da die Liberalen das Außenministerium für Duca und das Innenministerium für den parteilosen Argtoianu fordern. Es ist anzunehmen, daß Abarescu dem König berichtet wird, daß seine Bemühungen gescheitert sind und der König eine neutrale, den Liberalen aber genehme Persönlichkeit mit der Regierungsbildung betrauen wird. Ausgeschlossen erscheint es, daß Bratianu selbst an der Regierung teilnimmt. Der Ton in der liberalen Presse deutet auf einen von den Liberalen gewünschten Bruch hin.

Die Gewalt Herrschaft der Aufständischen.

Neue Ausschreitungen der Aufständischen in Ostoberschlesien.

Kattowitz, 31. Mai. Am Sonntag veranstalteten die Aufständischen Verbände in Dietrich ein großes Fest. Sie benutzten diese Gelegenheit, um ihr Mitleid an den deutschen Mitbürgern zu kühlen. U. a. drangen sie in ein Lokal und verlangten die Befreiung der deutschen Aufschrist. Da dieser Aufforderung nicht Folge geleistet wurde, hielten sie Verstärkungen heran und rissen das große Firmenschild gewaltsam herunter. Dann drangen sie in das Lokal ein, zerrissen sämtliche deutsche Zeitungen und mißhandelten die Gäste. In der „Schießstätte“ mußten zwangsweise 750 Mittagessen geliefert werden, die bis heute nicht bezahlt wurden. In dem Tanzaal des Lokals wurde das in Gips an der Wand befindliche schlesische Wappen heruntergerissen, ebenso ein schlesisches Landeswappen. Säulen, die das Bild „Alt-Wien“ trugen, wurden mit Hämmern zertrümmert. Dieses Aufständischen-Fest wirkte sich auch in dem nahegelegenen Kurort Gogalkowitz aus. Eine dort tagende Sitzung von Vertretern polnischer Vereine, die über eine Veranstaltung zugunsten der Luftliga berieten, wurde durch den Ueberfall gestört. Dann drangen die Burichen in das Restaurant Burek und stürzten sich auf die anwesenden Gäste, unter denen sich der Schulleiter von Gogalkowitz, Brila, und der Schulinspektor Holek aus Pleß befanden und mißhandelten sie. Schließlich wandte sich die Bande zum Kurhotel, wo die Kapelle des 73. Infanterieregiments konzertierte und verlangte von der Kapelle, daß sie das Lied „Erste Brigade“ spiele. Im Verlaufe der dadurch entstandenen Auseinandersetzung kam es zu größeren Ausschreitungen, in deren Verlauf die Soldaten von der Waffe Gebrauch machen mußten.

Kattowitz, 31. Mai. Die Ausgaben der „Kattowitzer Zeitung“ vom Sonntag und vom Dienstag wurden wegen zweier Artikeln, die sich mit dem Ueberfall auf deutsche Lehrer in Radzionkau und auf deutsche Vertreter in Eichenau befahen, beschlagnahmt. Damit sind von den letzten zehn erschienenen Nummern der Zeitung nicht weniger als fünf beschlagnahmt worden.

Reinhold-Rede in Wien.

Wien, 30. Mai. Auf Einladung der Oesterreichischen Politischen Gesellschaft und des Kulturbundes hielt der frühere deutsche Reichsfinanzminister Dr. Reinhold heute abend einen Vortrag über die deutsche Finanz- und Wirtschaftspolitik seit Schluß des Krieges. Die Ausführungen des Vortragenden über die Inflation, das Wund der Rentenmark, über die Reparationslasten und den Damesplan fanden bei den zahlreichen Zuhörern großen Beifall, der besonders lebhaft und anhaltend war, als Dr. Reinhold den Grundlag aufstellte, daß man im Staatshaushalt lieber einmal mit einem Defizit arbeite, als der Wirtschaft immer mehr Geld zur Stabilisierung des Budgets entziehen müsse. Den in Europa in der Nachkriegszeit groß gewordenen Merkantilismus nannte Reinhold eine schlimme Erscheinung. Ein Ueberfluß der Handelsbilanz in Deutschland werde in Zukunft nur sehr schwer zu erzielen sein. Er habe die größten Zweifel, ob Deutschland in der Lage sein werde, die bedeutenden Dames-Lasten aufzubringen, da eine Forcierung des Exports zu einem die Weltwirtschaft schwer schädigenden deutschen Dumping führen müsse. Ueber die Ereignisse an der Berliner Börse sagte Reinhold, die Devisenanspruchnahme von seiten des Reparationsagenten habe die deutsche Wirtschaft in Schwierigkeiten gebracht. Die Maßnahmen des Reichsbankpräsidenten hätten aber vielleicht nicht so energisch durchgeführt werden sollen. Trotz aller Bedenken blicke er hoffnungsvoll in die Zukunft. In der Aussprache sagte Reinhold, die Deutsch-Oesterreicher ebenso wie die Reichsdeutschen interessiert natürlich vor allem eine Frage, das Problem des wirtschaftlichen Zusammenhanges. Prinzipiell ist natürlich der Standpunkt festzuhalten, daß es nur ein deutsches Volk diesseits und jenseits der Grenzen gibt. Die Frage der Zollunion hat viel Verlockendes an sich. Es ist bestimmt der Mühe wert, daß die noch vorhandenen Schwierigkeiten auf beiden Seiten genau überprüft werden. Es scheint mir, daß man gewisse Einzelinteressen dem Gesamtinteresse, für das und bedeutet der wirtschaftliche Zusammenfluß zweifellos für beide Teile, unterordnen muß. Daß auf dem Wege zum Zusammenfluß Schwierigkeiten unvermeidlich bleiben, versteht sich von selbst. Von dem großen Ziel unserer Wirtschaftspolitik können sie uns aber nicht abbringen. Namens der Gesellschaft, in der Graf Lerchenfeld, Vizekanzler

hartlob, Minister Thaler und zahlreiche Vertreter des Finanz- und Wirtschaftslebens erschienen waren, sprach der Vorsitzende, Finanzminister Kleinbeck, den aufrichtigen Dank für den von hohem ethischen Geiste getragenen wissenschaftlichen und ein-drucksvollen Vortrag aus.

Eine Dietrich-Rede.

Rechen, 29. Mai. Am Samstag abend sprach im Rahmen einer von der Ortsgruppe Rechen der Deutschen demokratischen Partei einberufenen Versammlung Reichstagsabgeordneter Dietrich (Baden) über die politische Lage. Er betonte, man dürfe im Zeitalter der Technik nicht vergessen, den politischen Geschehnissen, insbesondere der Außenpolitik, Aufmerksamkeit zu schenken. Wir müssen versuchen, mit Frankreich trotz aller Rückschläge in ein annehmbares Verhältnis zu kommen. Unter dem heutigen Regime und unter Berücksichtigung dessen, daß nach der Besserung der Finanzlage Frankreichs und seinem durch finanzielle Fragen bedingtem Zögern in der Rheinandrängung die Regierung Poincare keinen Anlaß hat, weit entgegenzukommen, vielmehr Forderungen nach Anerkennung des polnischen Korridors stellt, die wir nie annehmen können, erachtet Dietrich für die nächste Zeit keine klare Auseinandersetzung. In dem Konflikt England-Rußland müssen wir uns von allen Händen freizuhalten suchen. Die Reparationsfrage, die das wirtschaftliche Leben stark beeinflusst, wird einer Lösung entgegengeführt werden müssen. Deutschland zahlt heute jeden Tag ungefähr 5 bis 6 Millionen an die Entente. Es wurden bereits — was vielfach noch unbekannt ist — 1 719 Millionen Mark abgeführt, von denen die Industrie 275, die Reichsbahn 605 und das Reich 831 Millionen Mark trugen. Bedenkt man noch, daß nebenbei 1517 Millionen Mark für die Kriegslasten (Renten und Pensionen), die sich ab 1928 etwas vermindern werden) beglichen wurden (nach dem heutigen Budget), so wird man verstehen, daß an eine wesentliche Herabsetzung der steuerlichen Belastung in absehbarer Zeit nicht zu denken sein wird. Man müsse versuchen, die Steuerbelastung wieder auf leicht verständliche Weise vorzunehmen. Mit einem Hinblick auf den kürzlich erfolgten Börsenkrah, bei dem die Reichsregierung und insbesondere das Wirtschaftsministerium vollständig verlagert haben und der Betrachtung, daß trotz aller wirtschaftlichen Misere unsere Lage doch eine Besserung erfahren hat, schloß Dietrich mit der Mahnung, zu arbeiten und durch Arbeit sich seinen Verdienst zu sichern, dem Einzelnen zum Nutzen und damit der Gesamtheit.

Auf der Stelle treten.

Die Auffassung ist berechtigt, daß Deutschland so lange Aussicht auf Wendung seines Schicksals hat, als in Europa alles im Flusse ist; ein beruhigtes Europa mit auf der Grundlage von Versailles erstarren Verhältnissen wird kein Interesse mehr haben an Änderungen. Was uns aber der Fluß der Dinge zunächst bringt, wissen wir nicht, es ist auch im Dunkeln, was sich aus dem drohend emporgewachsenen Gegensatz zwischen England und Rußland für Deutschland ergeben wird. Unsere Außenpolitik ist zwar mit Locarno wieder aktiv geworden, diese Aktivität aber bestand und konnte nur bestehen in einem geschickten Ausnutzen der jeweils sich ergebenden Möglichkeiten; es war und ist die Politik eines Kaufmanns, der darauf aus sein muß, bei den Geschäften der großen Handelsbetreiber seinen Nutzen zu finden und der sich klug zurückhält, wenn zwischen diesen großen Handelsbetreibern einmal Meinungsverschiedenheiten oder Streitigkeiten ausbrechen.

In England schießt man nun bereits Wetten ab darüber, daß Deutschland in sechs Monaten gegen Rußland stehen werde. Wir haben indes nach Lage der Dinge keine andere Wahl, als eine strenge Neutralität zu beobachten, solange das irgend möglich ist. Gewiß wird da und dort die Meinung geäußert werden, es sei jetzt der Augenblick gekommen, um durch eine östliche oder eine westliche Orientierung für Deutschland etwas zu gewinnen. Die Aussichten dafür sind nach beiden Seiten hin gleich schlecht. Es würde mit schönen Versprechungen sicher nicht gekargt werden, man würde uns die angenehmsten Perspektiven eröffnen — und doch müßte sich leichtes Ende herausstellen, daß Deutschland nur die Trömmel war, auf der das Spiel gerührt wurde — mehr nicht. Außerdem ist die Gefahr sehr groß, daß Deutschland sich nach

Ost oder West festlegt, während eine Einigung unter den Nächste-beteiligten erfolgt, die dann naturgemäß für Deutschland nur von Nachteil sein könnte. England wird niemals einen Kreuzzug gegen die kommunistische Idee führen, mag auch der cant im Bedarfsfälle noch so sehr das Gegenteil behaupten; es wird wie 1914 nur seiner eigenen — tatsächlichen oder eingebildeten — Interessen wegen einen äußersten Schritt unternehmen. „Sie sagen Gott und sie meinen Kattun“, schrieb schon der alte Fontane. Die wirtschaftlichen Interessen lassen aber eine Einigung mit den Sowjetmächtern nicht als ausgeschlossen erscheinen, zumal die Russen die ungünstigere Stellung haben und England zum Ausgleich bei geschäftlichen Vorteilen bereit sein wird. Also auch aus solchen Erwägungen Anlaß für Deutschland, planmäßig Neutralität zu üben.

Neigung für militärische Unternehmungen besteht weder in England noch in Rußland; vergessen wir aber nicht, daß die Welt schon einmal gerade nach englischer Auffassung in einen Krieg geschlittert ist, und deshalb könnte gerade für uns eine optimistische Einstellung zur nächsten Entwicklung leicht verhängnisvoll werden. Wir müssen den voraussichtlich sehr langamen Ablauf der Dinge mit größter Aufmerksamkeit verfolgen und auf die für uns ungünstigste Entwicklung jederzeit gefaßt sein, namentlich da sich unsere politische Lage durch die Tatsache des englisch-russischen Konflikts allein schon verschlechterte — wer denkt jetzt in England noch an Deutschlands Drängen nach der Rheinandrängung? Wer an Locarno? Unsere Lage hat sich bereits verschlechtert, und das ist ein weiterer Grund für eine strenge Neutralität. Dabei ist zu beachten, daß wir in Deutschland zwar keine Partei haben, die ausgesprochen englische Interessen vertritt, in den Kommunisten aber geeignet sind mit Agenten der anderen beteiligten Macht, von denen sicher zu erwarten ist, daß sie eine Störung unserer Neutralität versuchen. Daraus müßten uns Unannehmlichkeiten, wenn nicht noch mehr erwachsen, und dem ist vorzubeugen.

Der Weg einer Außenpolitik geht nicht immer geradeaus. Es gibt Wendungen und Krümmungen, Zeiten, wo man stehen bleibt und nicht vorwärts schreitet, auch Zeiten, wo man zurückgeworfen wird. Das Entscheidende ist, daß man das Ziel im Auge hat und ihm zutreibt.“ So sprach Stresmann am Sonntag abend in Stuttgart. Deutschland ist zurückgeworfen worden, und keinesfalls wird der nächste Weg unserer Außenpolitik geradeaus gehen. Es wird wahrscheinlich auch nicht mit Wendungen und Krümmungen voran gehen, sondern wir werden „auf der Stelle treten“ müssen. Jedenfalls bis auf weiteres!

Keine Bindung auf den Damesplan.

Wie der demokratische Zeitungsdienst erfährt, haben private französische Wirtschaftskreise die Anregung gegeben, Deutschland solle sich bis zum Jahre 1932 zur unbedingten Einhaltung des Damesplanes verpflichten, da man darin in diesen Kreisen der Wirtschaft eine Sicherung für die Durchführbarkeit lang besterter Stahllieferungen erblickt. Von militärischer Seite Frankreichs ist dieses Erjuden bisher nicht unterstützt worden. Wie weiter verlautet, sind in deutschen Regierungskreisen diese Vorschläge bereits erörtert worden. Dabei wurde der Standpunkt vertreten, daß es unmöglich sei, eine feste Bindung bis 1932 einzugehen.

Der Reichspräsident in der Nordmark

Der Reichspräsident in Hensburg.

Hensburg, 1. Juni. Gestern morgen um 8.30 Uhr ließ das Dampfschiff „Schlesien“ in Begleitung der 1. Torpedoboot-Halbflotte und einer Minenjägerflotte in der Hensburger Förde vor Mirwid ein. Um 8.35 Uhr verließ der Reichspräsident die „Schlesien“ unter dem Schut von 21 Schüssen. An Land hatten die Befragungen der Torpedo- und Minenjägerboote Paradaufstellung angenommen, während die Besatzung der „Schlesien“ an Bord die Ehrenbegleitung machte. Vor der Marineschule in Mirwid schritt der Reichspräsident die Front der Marinebanden und Marinevereine ab. Anschließend fand in der Aula der Marineschule eine Stageratgebäudefeier statt.

Um 11 Uhr begab sich der Reichspräsident im Automobil nach Hensburg, begeistert begrüßt von den dicht gedrängt dahestehenden Zuschauern. Im Rathaus entbot Oberbürgermeister Dr. Tobben dem Reichspräsidenten den Willkommenwusch der Stadt. In seiner Ansprache betonte der Oberbürgermeister den Grenzcharakter der Nordmark, der trotz der Nähe die Hensburger Zone so glücklichen Abtümung auf kulturpolitischem Gebiet weiter gehe. Darauf entgegnete der Reichspräsident mit folgenden Ausführungen:

Herr Oberbürgermeister! Haben Sie herzlichen Dank für die Begrüßung im alten Rathaus Ihrer Stadt an der äußersten Nordgrenze des Reiches. Meinem Dank an Sie möchte ich zugleich mit dem Dank an alle diejenigen verbinden, die mir auf der Fahrt hierher im ganzen Grenzgebiet so herzlich willkommen entboten haben.

Es ist mir eine besondere Freude, heute hier in der Nordmark zu weilen, im äußersten Randgebiet unseres Vaterlandes, das, soweit es auch räumlich von der Mitte Deutschlands entfernt liegt,

immer dem Herzen und der Seele aller Deutschen besonders nahe gewelen ist.

Noch sind in unser aller Erinnerung die Abstimmungsstage des Jahres 1920, das gewaltige Treuebekenntnis zum angestammten Vaterlande, das die Bevölkerung der Nordmark trotz der Noth und der Verlockungen der damaligen Zeit vor der ganzen Welt in zusammengeschlossener Volksgemeinschaft abgelegt hat. Dieses Ergebnis der Abstimmung war für ganz Deutschland, das damals durch innere Wirren gespalten und geschwächt dastand, ein Lichtblick, die feilsche Kraft, die die Nordmark im Dramas der damaligen Zeit zeigte, war für viele Stärkung und Beispiel. Es ist mir ein herliches Bedürfnis, der Bevölkerung des Grenzgebietes und insbesondere den Führern im damaligen Abstimmungsstapel namens des Reiches wie eigenen Namens auch heute noch herzlichlich

Dank zu sagen für das, was sie in der Bekundung der Treue zum Reich in Wort und Tat getan haben.

Mit lebhafter Anteilnahme entnehme ich Ihren Worten, Herr Oberbürgermeister, die Bestätigung, daß auch jetzt noch das Grenzgebiet im Kampfe um die Erhaltung des Volkstums steht, und daß neben den nationalen Sorgen auch der wirtschaftliche Druck hier noch schwer auf der Bevölkerung lastet.

Die Zeit der größten Not nun für dieses Grenzgebiet vorüber

ist, und daß Nordschleswig und in ihm die Stadt Flensburg wieder in eine Bahn ruhiger und kraftvoller Weiterentwicklung eintreten wird.

Die Nordmarkfahrt des Reichspräsidenten.

Flensburg, 31. Mai. Nach dem Besuch im Rathaus trat der Reichspräsident eine Fahrt nach dem Schloßwald an. Auf diesem Wege durch den nördlichen Teil der Stadt wurden dem Reichspräsidenten begeisterte Ovationen dargebracht.

Die dänische Presse zum Besuch des Reichspräsidenten in Holslein.

Kopenhagen, 31. Mai. Der Besuch des Reichspräsidenten in Holslein wird in der dänischen Presse mit dem größten Interesse verfolgt. Die meisten Kopenhagener Zeitungen haben Sonderkorrespondenten herausgeschickt, die jeden Tag lange Berichte nach Hause senden.

„Politiken“ erklärt, daß, wenn der Reichspräsident von einem Stück deutschen Mutterbodens, das von dem deutschen Vaterlande entzogen wurde, gesprochen hat, gegenüber dieser Auffassung historische Zeugnisse stehen, die die Sprache des Dänentums sprechen, sondern auch die vor wenigen Jahren stattgefundenen Abstammung, wodurch die Bevölkerung frei und unabhängig aus eigenem Entschluß den Anschluß an Dänemark wählte, weil sie dänisch war, dänisch redete und dänisch fühlte.

Mit beinahe denselben Ausführungen würdigt die „National Tidende“ die Rede des Reichspräsidenten und fügt hinzu, daß, solange der Respekt vor der Nationalität Gesetz für die europäische Politik sei, keine Grenze dauerhafter sei, als diejenige, die zwischen Deutschland und Dänemark gezogen worden ist.

Die Reichsdienststrafordnung vor dem Reichstagsausschuß

Berlin, 1. Juni. Der Reichstagsausschuß für Beamtenangelegenheiten setzte gestern die dritte Lesung des Entwurfs einer Reichsdienststrafordnung fort. Paragraph 42, der von der Bestimmung des Untersuchungsführers und des Anklagevertreters handelt, wurde mit einigen Änderungen angenommen.

Anatol Wangerin

Ein Roman für jung und alt von Amanda Klock. (Nachdruck verboten.)

Selbst die sanftesten und überlegtesten Menschen können, wenn ein außerordentliches Schicksal an sie herantritt, zu rücksichtslosen Vernichtern ihrer Widersacher werden. Um wieviel mehr der Angeklagte, der noch in keinem langen Dasein voller Kämpfe und Entfaltungen sich bezähmen gelernt. Was für eine unduldsame Rebellenatur er ist, geht aus seinem ungestümen Davonlaufen hervor.

Die Geschworenen nickten beistimmend und ihre Sympathie für Anatol begann auf null Grad zu sinken. Nach kurzer Beratung bejahten sie deshalb die Schuldfrazen in allen Punkten mit mehr als sieben Stimmen.

rungsanträge angenommen, desgleichen die Paragraphen 54 und 55, die von der Form der Untersuchungsverhandlungen handeln und mit einer geringen Fassungsänderung angenommen wurden. Die Bestimmungen über die Anwesenheit der Beschuldigten, über die Defensivität des Verfahrens und über die Sitzungspolizei wurden ohne wesentliche Änderungen angenommen.

Ein neuer Fall Wirth

Reichskanzler Dr. Marx hat an Dr. Wirth wegen seiner Königsberger Rede einen Brief geschrieben des Inhalts, daß sich beim Vorstand der Zentrumsfraktion und interfraktionellen Ausschusses insbesondere Mitglieder der Deutschnationalen Volkspartei beschwert hätten.

Der Zentrumsparcivorstand zum Fall Wirth.

Berlin, 1. Juni. Die „Germania“ teilt parteioffiziell mit, es treffe nicht zu, daß in dieser Woche eine Sitzung des Reichsparteivorstandes einberufen worden sei, in welcher über Herrn Reichskanzler a. D. Dr. Wirth ein „Parteigericht“ abgehalten werden solle.

Der Marx-Brief an Wirth und Wirths Antwort.

Berlin, 1. Juni. Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht den Brief des Reichskanzlers Marx an den Abgeordneten Dr. Wirth, der im nächsten Heft der „Deutschen Republik“ erscheint und folgenden Wortlaut hat:

Sehr geehrter Herr Kollege!

Zu meinem Bedauern bin ich genötigt, eine höchst unangenehme Angelegenheit zur Sprache zu bringen. Es handelt sich um meine Rede, die Sie am 15. Mai d. J. auf der Reichsbannerversammlung in Königsberg gehalten haben. Nach den fast übereinstimmenden Berichten der verschiedenen Zeitungen haben Sie u. a. mit Bezug auf die bevorstehende Abstimmung über das Republikanengesetz geäußert, wenn die Monarchisten für das Republikanengesetz stimmten, so würde das vom Standpunkt des Monarchisten aus eine Schande sein.

Es geht nicht an, daß ein hervorragendes Mitglied der Partei, Angehöriger einer anderen, mit der Zentrumsfraktion in Koalition befindlichen Partei, den Vorwurf einer Gefinnungslumperei macht.

Ganz unbegreiflich ist, wenn Sie in der Tat die Aufforderung an die Versammlung gerichtet hätten, die nichtrepublikanische Regierung im Reich möglichst bald zu befeitigen. Diese Bemerkung enthält einen unerhörten Angriff gegen die Regierung, die bis jetzt nicht das ringste getan hat, was den Vorwurf rechtfertigen könnte, sie gelte als feindselig gegenüber der bestehenden Staatsform der Republik.

Endlich kehrten die Richter zurück, und der Präsident erhob sich, um das Urteil zu verkünden.

Anatol spannte alle seine Kräfte an, um nicht aus Furcht vor dem, was jetzt kommen sollte, die Befinnung zu verlieren.

Er stand aufrecht, seine Augen glühten, sein bleiches Gesicht hatte sich flammend gerötet, seine krankhaft fliegenden Hände umkrampften die Barriere vor der Anklagebank.

Der Präsident begann:

„Im Namen Seiner Majestät des Königs! — Anatol Friedrich Leopold Wangerin, geboren zu Sch. . . am vierzehnten Juli achtzehnhunderteinundfünfzig, wird des Mordverluchs mit tödlichem Ausgang, begangen an seinem Stiefvater, dem Pfandleiher Nikodemus Balldorf, für schuldig befunden und unter Zustimmung mildernder Umstände, ohne Anrechnung der Untersuchungshaft, zu einer Strafe von vierzehnhalb Jahren Gefängnis verurteilt.“

Eine sekundenlange, lautlose Stille trat ein, dann erhob der Präsident von neuem seine Stimme:

„Angeklagter, nimmst du das Urteil an? Es steht dir frei, innerhalb acht Tagen Berufung einzulegen.“

Anatol hatte wohl gar nichts gehört. Mit verglastem, unbeweglichem Ausdruck ruhten seine Augen immer noch fort und fort auf dem Präsidenten, als sei er der einzige Anwesende außer ihm in dem großen Saal.

Zu seinem Ohr dröhnte sich kein anderer Klang den Weg, als der eine, der die Worte enthielt: vierzehnhalb Jahre Gefängnis! Und — Gefängnis, Gefängnis, schien es wie unterirdisches Grollen ohne Ende durch den hohen Raum zu tönen.

Haute der Knabe plötzlich die Sprache verloren? Fast entsetzt blickten Richter und Geschworene ihn an. Kein Judeu glitt über Anatols Gesicht, kein Laut kam über seine Lippen, der kalte Schreck schien ihn gefähmt, erstarrt zu haben.

Der Verteidiger ergriff für ihn das Wort.

„Nach vorheriger Uebereinkunft mit meinem Klienten nehme ich das Urteil für denselben an.“

Wie die Verhältnisse lagen, wußte der Rechtsanwalt, daß eine Berufung die Sache nutzlos hingezogen hätte. In der

mit ihr unmöglich gemacht hätte, die jetzt im Amt befindliche Reichsregierung aus wohlwolligeren staatsverhaltenden Gründen geschaffen worden ist.

Ich muß Ihnen in meiner Stellung als Vorsitzender der deutschen Zentrumsfraktion die Bitte vorzulegen, mir umgehend eine Erklärung darüber zugeben zu lassen, ob Sie die oben erwähnten Äußerungen tatsächlich gemacht haben. Für den Fall der Bejahung müßte ich Sie um eine geß. Äußerung darüber bitten, welche Schritte Sie zu tun gedenken, die in solchem Falle mit den Pflichten für einen Zentrumsanhänger von selbst geboten sind.

ges.: Marx.

Vorsitzender der deutschen Zentrumsfraktion.

Wie das „Berliner Tageblatt“ weiter meldet, trägt der Artikel der „Deutschen Republik“, in dessen Rahmen Wirth den Marx-Brief bekannt gibt, die Ueberschrift:

„Kein Streit um Worte. Abwehr und Angriff.“

In dem Artikel vermahnt sich Wirth dagegen, daß die Streitfrage auf das Formelgebiet abgehoben würde. Es gelte, die Sache zu sehen und die politische Lage sei nicht ohne Bedrohung. Persönliche Sympathien und Antipathien dürften keine Rolle spielen. Mit ihrem Kieler Parteitag hätte die Sozialdemokratie den Weg für Koalitionsschlüssen mit den Bürgerlichen neu geöffnet, während die Deutschnationalen versuchten,

das Zentrum im Bürgerblock für alle Parteien festzumachen.

Dann führt Dr. Wirth aus: „Herr Marx trägt etwas stark auf. Er glaube, daß ich in Königsberg nach meinem Briefe den Satz geprägt habe: „Sorgen Sie dafür, daß die preußische Regierung bleibt und daß die nichtrepublikanische Regierung im Reich möglichst bald verschwindet.“ Ich freite nicht darüber, ob das der genaue Wortlaut aus einer meiner in Königsberg gehaltenen Reden ist. Ich würde auch in diesem Wortlaut nichts politisch Schädliches sehen. Wie empfindlich sind doch heute unsere Minister geworden. Mein Hinweis auf die kommende Reichstagswahl sollte doch für jeden Kundigen die Frage, um die es sich handelt, genügend umschreiben. Damals schon habe ich und erneut auch in Königsberg ausgeführt, daß die ganze Frage sich dahin konzentrierte, bei der nächsten Reichstagswahl zwei bis drei Dutzend entschiedene Republikaner mehr in den Reichstag zu bringen. Glaubt jemand, daß dann im Innenministerium und im Reichsjustizministerium ein Reaktionär sitzen könnte? Ich mache aus meinem Herzenswunsch keinen Hehl. Ich stehe der heutigen Reichsregierung ablehnend gegenüber. Ich stehe zu ihr in Opposition. Dem wurde mehrmals deutlich Ausdruck gegeben. Mein Nein ist unwiderrufbar. Wenn man also zu einer Regierung in Opposition steht, und das deutlich durch den Stimmzettel erklärt, so ist es ganz selbstverständlich, daß man diese Regierung möglichst bald gestürzt sehen will und alles tut, diese Regierung zu Fall zu bringen. Der Zeitpunkt ist damit jedoch nicht berührt. Er liegt in der Entwicklung selbst beschlossen. Wenn also die Zentrumsfraktion glaubt, daß meine Oppositionsstellung mit der Zugehörigkeit zur Zentrumsfraktion nicht vereinbar ist, so bitte ich um eine einfache klare Mitteilung darüber. Was Herr Marx will, geht aus dem Briefe, den ich hiermit der Öffentlichkeit übergeben will, klar und deutlich hervor. Die nächsten Tage führen mich zu weiteren Versammlungen im Reich. Ich werde jetzt schon alles tun, um für die kommende Reichstagswahlbewegung die Republikaner zu sammeln und zum Aufbruch zu mahnen und auch der Gruppe im Zentrum meine Stütze reichen, die eine stärkere Vertretung ihrer Meinung in der Fraktion erstrebt. Von Herrn Marx stammen die interessanten Worte: „Die heutige Zentrumsfraktion entspricht nicht mehr der Zusammensetzung ihrer Wähler.“

Der Eindruck der Herriredre in Moskau

Riga, 31. Mai. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die gestrige Rede des Pariser amerikanischen Botschafters Herri in Kreisen der Sowjetregierung große Erregung hervorgerufen. In Moskauer politischen Kreisen will man aus der Rede die Absicht des Weißen Hauses herauslesen, in absehbarer Zeit die Sowjetregierung nicht anzuerkennen. Die Sowjetregierung beabsichtigt, offiziell gegen die Ausfälle des amerikanischen Botschafters Einspruch zu erheben. Außerdem will man Herri durch öffentliche Reden Titubnow, Kufow und Stalins antworten lassen. Die Sowjet-

zweiten Instanz wurde der Angeklagte ebenso wenig freigesprochen worden sein.

Damit war die Sitzung beendet. Richter, Geschworene, Zeugen, Auditorium — alles erhob sich, um den Saal zu verlassen.

Langsam kehrte das Leben in Anatol zurück. Widerstandslos ließ er sich von den Gerichtsdienern, welche ihn aus seiner Zelle abgeholt und hierher gebracht, auch wieder hinausführen.

Als alle drei eine kurze Strecke vorwärts geschritten waren, machte der Korridor eine Biegung, und gerade in dem Moment, da Anatol mit seinen beiden Wächtern diese Biegung umschritt, kam Ludolf, der den Sitzungssaal durch eine andere Tür verlassen, auf eleganten Lackstiefeln daherschreitend, den dreien entgegen.

Sorglose, fast heitere Ruhe lag auf seinen Zügen, der unangenehme Tag war hinter ihm, nun wollte er sich wieder ganz und gar den Genüssen des Lebens hingeben.

Raum aber bemerkte Anatol den Zerstörer seiner Jugend, den Vernichter seiner Zukunft, so verzerrte sich sein Angesicht; Feuer und Blut schienen in Flammengarben aus seinen Augen zu spritzen, und ehe die Gerichtsbeamten es hindern konnten, schellte er in schäumender Wut auf Ludolf zu!

Er war kein Knabe mehr — ein einziger Augenblick hatte ihn unheimlich reifen lassen — wie ein flammender Rachegeist stand er vor dem erlebend zurückweichenden. „Du Elender, du Meinediger!“ schrie er ihm gellend ins Gesicht, „so wahr du Gott angerufen zum Zeugen deiner schändlichen Lügen, so wahr wird dein Gericht dich ereilen! Denke an mich, denke an den Fluch meines unschuldigen Bruders!“

Die Beamten, eine Katastrophe fürchtend, bemächtigten sich mit schnellem Griff Anatols beider Arme und zogen den Rasenden gewaltfam mit sich fort.

Ueber Ludolfs eben noch lebhaft gerötetes Antlitz hatte sich ein grauer Leichenslor gebreitet. Er griff nach dem Herzen, als sei ein tobbringender Pfeil in den Sitz seines Lebens gedrungen. Dann tupfte er sich mit dem duftenden, weißelidenen Taschentuch große Schweißtropfen von der eifigen Stirn.

regierung ist der Ansicht, daß die Rede des Botschafters Perz...

Keine antirussischen Bemühungen Englands in Berlin

Berlin, 1. Juni. In Berliner zuständiger Stelle wird im...

Tagung der Völkervereinigungen

Berlin, 1. Juni. In der gestrigen Vollversammlung des...

Ver spätete Feststellung zum Weltkrieg

Frankreich auf den Weg

Genf, 31. Mai. In einer soeben erschienenen Broschüre...

Es ist jedenfalls hochinteressant, wenn auch um Jahre ver...

Kampf zwischen Zivilisten und Soldaten

Paris, 1. Juni. In einem Café in Charolles kam es zu...

Japans Truppenlandung in China

Schanghai, 30. Mai. Das Einschwenken der japanischen...

Ich hatte eine Unterredung mit dem japanischen General...

Otto Kahn über Lindberghs Ozeanflug

Paris, 1. Juni. Der Execlior-Vertreter legte dem be...

Die Frage, ob die Botschaft des Präsidenten Coolidge an...

Lehrerausweisung aus dem Memelgebiet trotz Lehrermangels

Memel, 31. Mai. Trotz der Völkervereinigung Beschwerde...

Durch die Maßnahmen hat die Zahl der Schüler, die von...

Baden.

Badischer Landtag

Die Wahlrechtsvorlage vor dem Verfassungsausschuß.

Karlsruhe, 31. Mai. Der Verfassungsausschuß setzte heute...

Die von den einzelnen Parteien oder Wählergruppen in...

Hierzu stellt die Bürgerliche Vereinigung einen Änderungs...

Nach weiteren Erörterungen zwischen den Vertretern der...

Hierauf wird der Antrag Baumgartner-Maier zur Ver...

Sodann wurde das ganze Gesetz mit 8 Stimmen der So...

Zu dieser Abstimmung erklärte der Demokrat, daß er sich...

Sitzung der Handelskammer Karlsruhe. Bülh, 1. Juni.

Die Handelskammer Karlsruhe hat am Sonntag Bannmei...

Elektrifizierung der badischen Eisenbahn nachdrücklich fortzu...

Letzte Telegramme in Kürze.

Der Reichspräsident in Schleswig.

Schleswig, 1. Juni. Der Reichspräsident, der gestern...

Eine Stadt dem Erdboden gleichgemacht.

Die gesamte Bevölkerung niedergemacht.

London, 31. Mai. In Tientsin aus Tientsin eingegangene...

Blutige Zusammenstöße in Newyork.

Newyork, 31. Mai. Anlässlich des „memorial day“ kam...

Aus Nah und Fern.

Sinsheim, 1. Juni. (Frauenarbeitschule). Wie aus d. m...

Sinsheim, 30. Mai. (Briefstabenpost). Am Donnerstag...

Table with columns: Preis, Ring Nr., Züchter, Flugeschwindigkeit je Minute, Meter. Lists various pigeon breeds and their owners.

Grombach, 30. Mai. (Radfahrerfest). Der Radfahrerverein...

Aglasterhausen, 30. Mai. (Der „Liederkranz“) brachte am...

Die Rheinreise der evangelischen Kirchengemeinde. Der...

